

---

***Frühjahrgutachten 2011  
der Projektgruppe  
Gemeinschaftsdiagnose  
"Aufschwung setzt sich fort –  
Europäische Schuldenkrise noch  
ungelöst"***

**Zusammenfassung und erste Bewertung**

**12. April 2011**

**Wirtschafts- und  
Industriepolitik**

a.feldhusen@bdi.eu

T +49 30 2028-1592

F +49 30 2028-2592

BDI - Bundesverband der  
Deutschen Industrie e.V.

EU-Register der Interessenvertreter  
Nr. 1771817758-48

BDA | Bundesvereinigung der  
Deutschen Arbeitgeberverbände

EU-Register der Interessenvertreter  
Nr. 7749519702-29

Mitglieder von  
BUSINESSEUROPE

Haus der  
Deutschen Wirtschaft  
Breite Straße 29  
10178 Berlin

## 1. Die Lage der Weltwirtschaft

Die Institute sehen die internationale Konjunktur 2011 und 2012 weiter aufwärts gerichtet, allerdings wird sich die Dynamik des Aufschwungs etwas verringern. Die Natur- und Reaktorkatastrophe in Japan wird im Hinblick auf die Weltkonjunktur nur kurzzeitig spürbar sein. Die politischen Unruhen im arabischen Raum sind für die Weltwirtschaft zwar ein Unsicherheitsfaktor, da hier ein Versorgungsrisiko bezogen auf Erdöl entstehen kann. Der aktuelle Preisanstieg ist jedoch noch größtenteils auf die gute aktuelle Weltkonjunktur zurückzuführen. Im Euroraum verläuft die wirtschaftliche Entwicklung uneinheitlich. Die Konjunktur in den Mittelmeerländern stagniert, während in Ländern wie Deutschland, Österreich und Finnland die Konjunktur deutlich aufwärtsgerichtet ist. Die US-Wirtschaft erholt sich zunehmend von der Finanz- und Wirtschaftskrise, bleibt im Expansionstempo jedoch bisher noch hinter früheren Aufschwüngen zurück. Die konjunkturelle Dynamik in den Schwellenländern ist nach einer langsameren Expansionsphase im Sommerhalbjahr 2010 wieder überdurchschnittlich hoch. Bei einer weiteren Zunahme der Produktionsausweitung droht hier sogar eine Überhitzung der Volkswirtschaften.

## 2. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Frühjahr 2011 in einem kräftigen Aufschwung. Getragen wird dieser sowohl von der Nachfrage aus dem Ausland als auch von der Binnenkonjunktur. Das schwächere Wirtschaftswachstum im 4. Quartal 2010 war größtenteils witterungsbedingt und deutet nicht auf eine nachlassende Dynamik hin. Die internationale Nachfrage bleibt aufwärts gerichtet, die Zinsen dürften niedrig bleiben, wichtige Umfrageindikatoren liegen nahe bei ihren Höchstständen und so deutet vieles darauf hin, dass die Expansion in den kommenden Monaten kräftig bleiben wird. Im Zuge des Aufschwungs steigen Beschäftigung und Löhne, womit sich die Einkommenssituation der privaten Haushalte weiter verbessert.

Im 1. Halbjahr 2011 wird sich der Anstieg der Exporte leicht abschwächen, da deutsche Unternehmen durch die erwarteten Lohnsteigerungen wahrscheinlich etwas an preislicher Wettbewerbsfähigkeit verlieren werden. Die privaten Konsumausgaben werden hingegen wachsen, wie auch die Inlandsnachfrage insgesamt. Der bisherige Schwung der aufwärtsgerichteten Konjunktur wird für einen BIP-Anstieg von 2,8 % im laufenden Jahr sorgen.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich angesichts des kräftigen Aufschwungs weiter verbessern. Die Arbeitslosigkeit sinkt 2011 um 350.000 auf 2,9 Mio. und 2012 um 180.000 auf 2,7 Mio. Die Arbeitslosenquote sinkt auf 6,9 % in diesem und 6,5 % im nächsten Jahr. Die Zunahme der Beschäftigung im Prognosezeitraum verlangsamt sich, weil die Ausweitung der Produktion etwas nachlässt und die Beschäftigung durch die Lohnentwicklung weniger gefördert wird. Die Zahl der Erwerbstätigen steigt um 430.000 in diesem und um 275.000 im nächsten Jahr. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten steigt in diesem Jahr um 520.000 auf 28,3 Mio. und im nächsten Jahr um 240.000 auf 28,5 Mio.



Die Teuerungsrate wird 2011 bei 2,4 % liegen. Die Lage der öffentlichen Finanzen hat sich im zurückliegenden Jahr deutlich entspannt. Für das laufende Jahr wird ein Defizit von 1,7 % erwartet, das sich 2012 weiter auf 0,9 % reduzieren wird. Wirtschaftliche Risiken für den Prognosezeitraum liegen vor allem im internationalen Umfeld und könnten bei einer merklichen Verteuerung von Rohstoffen die nationale und internationale Expansion dämpfen.

### Eckpunkte der Prognose aus dem Frühjahrsgutachten 2011

	2010	2011	2012
BIP (real) in %	3,6	2,8	2,0
Privater Konsum in %	0,4	1,2	1,2
Ausrüstungsinvestitionen in %	10,9	10,5	7,6
Bauinvestitionen in %	2,8	2,2	2,4
Exporte in %	14,1	9,8	6,5
Importe in %	12,6	8,2	6,7
Erwerbstätige in Mio.	40,5	40,9	41,2
Arbeitslose in Mio.	3,2	2,9	2,7
Arbeitslosenquote in %	7,7	6,9	6,5
Lohnstückkosten in %	1,1	0,9	1,7
Produktivität je Erwerbstätigenstunde in %	1,0	1,1	1,5
Tarifverdienst je Stunde in %	1,6	2,0	2,8
Verbraucherpreise in %	1,1	2,4	2,0
Staatsdefizit in % des nominalen BIP	3,5	1,7	0,9

### 3. Wirtschaftspolitik

#### Institutionelle Reformen der Europäischen Währungsunion

Die Institute begrüßen aktuelle finanzpolitische Entscheidungen wie das Euro-Plus-Paket oder den Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM). Der ESM soll 2013 den Rettungsschirm für notleidende Euroländer ablösen. Dies wird als ein klares Bekenntnis zu rigoroser fiskalischer Konsolidierung gewertet und die Institute hoffen, dass so mehr Transparenz und politischer Handlungsdruck geschaffen wird. Sie heben positiv hervor, dass

durch die aktuellen Beschlüsse die Verantwortung und finanziellen Folgen des wirtschaftspolitischen Handelns von den Ländern selbst getragen werden sollten. Um dies jedoch zu gewährleisten, reichen die aktuellen Beschlüsse in ihrer jetzigen Form nicht aus. Die Gutachter fordern einen funktionsfähigen und anreizkompatiblen Insolvenzmechanismus für Staaten, damit die Solidarität der wirtschaftlich solideren Länder nicht überstrapaziert wird.

### Finanzpolitik

Die Lage der öffentlichen Finanzen in Deutschland hat sich etwas verbessert. Im Jahr 2011 wird die 3 %-Defizitmarke unterschritten, ebenso wie die angepeilte maximale Nettokreditaufnahme des Bundes. Den Konsolidierungskurs empfehlen die Institute in den kommenden Jahren unbedingt beizubehalten. Um die Schuldenquote konsequent weiterzuführen, sollte momentan von Steuersenkungen abgesehen werden. Dies könnte sich ändern, falls andere Ausgabenkürzungen unterstützend eingesetzt werden. In den kommenden Jahren ist mit restriktiven Impulsen seitens der Finanzpolitik zu rechnen.

### Geldpolitik

Der Rat der Europäischen Zentralbank hat den Leitzins um 25 Basispunkte auf 1,25 % erhöht. Der expansive Kurs der Geldpolitik wird damit etwas gedrosselt, bleibt aber weiterhin erhalten. Ende 2012 dürfte der Leitzinssatz bei 2 % liegen. Als Folge daraus werden dann auch die Geld- und Kapitalmarktzinsen steigen. Zusätzliche liquiditätspolitische Maßnahmen werden jedoch aufgrund der anhaltenden Anspannungen in einigen Peripherieländern auch 2012 fortgeführt werden.

## 4. Bewertung aus der Sicht von BDI und BDA

Die **Konjunkturprognose** der Institute ist mit einem BIP-Wachstum von 2,8 % als realistisch zu werten und deckt sich mit der Einschätzung von BDI und BDA. Die konjunkturelle Entwicklung bleibt auch im Jahr 2011 aufwärts gerichtet, wird sich jedoch nach übereinstimmender Auffassung von Spitzenverbänden und Instituten im Laufe des Jahres etwas abschwächen. Die Exporte werden im Prognosezeitraum durch die steigenden Lohnstückkosten an preislicher Wettbewerbsfähigkeit verlieren, jedoch wieder anziehen, wenn die Wirtschaft im Euroraum und in den USA wieder an Fahrt gewinnt. Außerdem teilen BDI und BDA die Ansicht, dass die momentanen größten Konjunkturrisiken im Ausland liegen, vornehmlich bei den Energie- und Rohstoffpreisen.

BDI und BDA teilen die Einschätzung der Institute, dass der dauerhafte **Euro-Rettungsschirm** (ESM) um eine Insolvenzordnung für Staaten ergänzt werden muss. Für die Beteiligung privater Gläubiger müssen unmissverständliche und verpflichtende Regeln geschaffen werden. Die von den Staats- und Regierungschefs beim letzten EU-Gipfel am 24./25. März 2011 vereinbarten Regelungen laufen dahingegen auf einen unbefristeten finanziellen Transfer ohne jede Beteiligung privater Gläubiger hinaus. Die Spitzenverbände begrüßen ebenso wie das Gutachten die Stärkung des Stabili-



täts- und Wachstumspakts. Allerdings teilen BDI und BDA ausdrücklich die Kritik am Mechanismus zur Korrektur sogenannter **makroökonomischer Ungleichgewichte**. Viele Indikatoren wie etwa die Lohnentwicklung oder Leistungsbilanzen sind nicht direkt von den Staaten zu beeinflussen. Außerdem fallen die meisten Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik in die Kompetenz der Mitgliedstaaten. Daher lehnen BDI und BDA Sanktionen im Zusammenhang mit einem EU-Mechanismus zur Korrektur sogenannter makroökonomischer Ungleichgewichte strikt ab. Der **Euro-Plus-Pakt** kann wertvolle politische Impulse zur Öffnung von bisher geschützten Sektoren, zur Einführung nationaler Schuldenbremsen sowie zur Sanierung von Banken liefern. BDI und BDA pflichten den Instituten bei, dass es durch diesen Pakt jedoch nicht zu einer zentralistischen Detailsteuerung der Wirtschaft aus Brüssel kommen darf.

Das Gutachten bezeichnet den **Konsolidierungskurs**, auf den die Bundesregierung eingeschwenkt ist, zutreffend als einen Schritt in die richtige Richtung. Auch wenn die **Nettokreditaufnahme** des Bundes in 2010 mit rd. 44 Mrd. Euro nicht so hoch ausgefallen ist, wie zunächst befürchtet, handelt es sich doch nach wie vor um eine **Rekordneuverschuldung**. Auch die Schuldenquote hat mit 83 % in 2010 einen Höchststand erreicht, der weit oberhalb des 60 %-Maastricht-Kriteriums liegt. BDI und BDA stimmen daher mit den Instituten überein, dass die Haushaltskonsolidierung trotz wieder angesprungener Konjunktur weiterhin Priorität haben muss. Zumal neben den Kriterien des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts vor allem auch die Auflagen der **Schuldenbremse** erfüllt werden müssen.

Die Empfehlung der Institute, beim **Defizitabbau** primär auf der Ausgabenseite anzusetzen, entspricht der Forderung von BDI und BDA nach einer wirksamen Konsolidierungsstrategie. Ebenso wie BDI und BDA fordern die Institute die Rückführung konsumtiver gegenüber investiven Staatsausgaben. Investive Ausgaben sollten von Kürzungen ausgenommen werden. Denn die aktuell gute Konjunktur darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass Deutschland seit fast 20 Jahren unter einer strukturellen Wachstumsschwäche leidet und die **Nettoinvestitionsquote** nur noch knapp über der Nulllinie liegt. Deutschland steht kurz davor, von der Substanz zu zehren. Zudem führt das Gutachten zutreffend aus, dass wirkungsvolle Konsolidierungsbeiträge von allen staatlichen Systemen geleistet werden müssen. Gerade im Gesundheitssystem, bei der Reform der Beamtenversorgung oder der Arbeitsvermittlung bestehen noch erhebliche Effizienzpotenziale.

Der **Arbeitsmarkt** hat sich zuletzt positiver entwickelt als erwartet. Im Jahr 2010 sank die Arbeitslosigkeit um 265.000 auf 3,23 Mio. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stieg gleichzeitig um 550.000 Personen, von denen 60 % Vollzeitarbeitsplätze sind. Die Zahl der Beschäftigten in der Zeitarbeit hat weiter zugenommen, was als Beleg für die wichtige Rolle **flexibler Beschäftigungsverhältnisse** anzusehen ist. Vormalige Arbeitslose erschließen so neue Beschäftigungsperspektiven. Umso wichtiger ist es, das Entstehen neuer Arbeitsplätze nicht durch mehr Regulierung und durch steigende Lohnzusatzkosten zu verhindern. Richtig ist in diesem Zusammenhang die Analyse zum Arbeitsmarkt Spaniens: Reformen am Arbeitsmarkt, wie z. B. Erleichterungen beim **Kündigungsschutz**, führen zu positiven Effekten. Diese Erkenntnis sollte für den deutschen Gesetzgeber auch



im Hinblick auf arbeitsmarktfördernde Maßnahmen im Bereich des deutschen **Arbeitsrechts** handlungsleitend sein.

Mit zurückgehenden Arbeitslosenzahlen tritt der harte Kern gering Qualifizierter und längerfristig Arbeitsloser immer deutlicher zu Tage. Dies zeigt sich insbesondere auch daran, dass ein erheblicher Teil des Beschäftigungsanstiegs 2010 nicht aus vormaligen Arbeitslosen, sondern aus der Stillen Reserve stammt. Bei der Bekämpfung der **Langzeitarbeitslosigkeit** ist Deutschland noch keinen entscheidenden Schritt vorangekommen. BDA und BDI halten es daher für richtig und notwendig, jetzt den arbeitsmarktpolitischen Instrumentenkasten zu reformieren und so auszurichten, dass für alle Arbeitssuchenden ein individuelles, flexibles und maßgeschneidertes Fordern und Fördern möglich wird. Dazu brauchen die Vermittler vor Ort optimale Ermessensspielräume. Keinesfalls darf der **Bundesagentur für Arbeit (BA)** zusätzliche Finanzierungsverantwortung für Aufgaben aufgebürdet werden, die wie beim Hartz-IV-Kompromiss im gesellschaftlichen Verantwortungsbereich liegen. Zusammen mit dem Entzug von Milliardenbeträgen an Finanzmitteln aus dem Mehrwertsteuerpunkt, der von der BA in Form einer von der Politik beschlossenen zusätzlichen Beitragssenkung direkt an die Beitragszahler weitergegeben wird, wird sie so in ein unverschuldertes Dauerdefizit getrieben. Dringend gebotene **Strukturenreformen** bei passiven Leistungen erfolgen dagegen nicht. BDA und BDI hätten es begrüßt, wenn in der Gemeinschaftsdiagnose zu diesen für eine funktionierende Arbeitsmarktpolitik zentralen Fragen Stellung bezogen worden wäre.

Momentan zuversichtliche Prognosen dürfen nicht den Blick dafür verstellen, dass eine auch weiterhin positive Entwicklung am Arbeitsmarkt kein Selbstläufer ist. Gut ausgebildete Fachkräfte sind für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft entscheidend. Mit der voranschreitenden wirtschaftlichen Erholung wird immer deutlicher, dass viele Branchen bereits heute unter einem strukturellen **Fachkräftemangel** leiden. Allein im MINT-Bereich fehlten zuletzt knapp 120.000 qualifizierte Arbeitskräfte. Langfristige Maßnahmen zur Sicherung des **Fachkräftenachwuchses** erfordern daher Reformen im Bildungssystem: Bildungszeiten müssen optimiert und unnötige Zeitverluste in einzelnen Bildungsbereichen durch Qualitätsverbesserungen reduziert werden. Der Kindergarten muss zur ersten Stufe des Bildungssystems ausgebaut und individuelle Förderung bereits frühzeitig beginnen und über die gesamte Schulzeit hinweg fortgeführt werden. Insgesamt ist die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Bildungsbereichen zu erleichtern, insbesondere sind bessere Möglichkeiten zur Anrechnung von bereits erworbenen Kompetenzen zu schaffen.

Der für 2011 und 2012 prognostizierte Anstieg der **Tariflöhne** von durchschnittlich 2,0 % und 2,8 % ist eine realistische Orientierungsgröße. Angesichts des gegenüber dem Vorjahr verlangsamten Produktionsanstiegs und des erneuten Arbeitskostenanstiegs wären höhere Abschlüsse unangemessen. Wirtschaft und Arbeitsmarkt brauchen die Fortsetzung des erfolgreichen und beschäftigungssichernden Kurses einer produktivitätsorientierten, differenzierten und flexiblen Tarifpolitik.

Das Beitragsaufkommen der **Sozialversicherung** steigt 2011 um 3,8 %. BDA und BDI teilen die Auffassung, dass die hohe und steigende Abgabenbelastung für Wachstum und Beschäftigung nicht förderlich ist. Die



**Gesundheitsreform** belastet die Beitragszahler mit mehr als 6 Mrd. Euro zusätzlich. Hinzu kommen in der Arbeitslosenversicherung die genannten neuen finanziellen Belastungen. Um die bislang günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt fortzusetzen, bedarf es einer Flankierung durch die Wirtschaftspolitik, ohne neue Belastungen für Wirtschaft und Arbeit. Auf keinen Fall dürfen Arbeitsplätze durch erneut steigende Sozialversicherungsbeiträge gefährdet werden.

Insbesondere die jetzt anstehende **Pflegeversicherungsreform** muss kostenneutral ausfallen. Die Politik muss überfällige beitragsatzsenkende Strukturreformen in allen Sozialversicherungen angehen. BDA und BDI halten eine kapitalgedeckte Vorsorge zur Abdeckung des Pflegerisikos zwar für sinnvoll. Es wäre aber ein großer Fehler, die Kapitalreserven kollektiv bei den Pflegekassen aufzubauen. Reservepolster wurden in den Sozialkassen bereits zweckentfremdet, um kurzfristig Leistungsausweitungen zu finanzieren oder mittelbar den Bundeshaushalt zu entlasten. Eine kapitalgedeckte Vorsorge macht nur Sinn, wenn sie individualisiert und möglichst in privater Verantwortung erfolgt. Statt noch mehr Geld braucht die Pflegeversicherung mehr Wettbewerb und die Abkopplung der Finanzierung vom Arbeitsverhältnis. Auch in der gesetzlichen **Krankenversicherung** müssen mehr Vertragsfreiheit und eine einkommensunabhängige Finanzierung geschaffen werden. Zu den zentralen Zielgrößen zählen auch die Konzentration auf eine Basissicherung, Selbstbeteiligung, Eigenverantwortung und Transparenz.

Angesichts der nach wie vor angespannten **Haushaltsslage** sind Steuerstrukturreformen, Steuervereinfachungen und die Entlastung der Unternehmen von überbordender Bürokratie das Gebot der Stunde. BDI und BDA teilen die Einschätzung der Institute, dass für Entlastungen bei der **Einkommensteuer** derzeit kein finanzieller Spielraum besteht. Mittelfristig sollte die von den Instituten geforderte Entschärfung der kalten Progression jedoch angegangen werden. Insgesamt besteht erheblicher Handlungsbedarf, um die steuerlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen in Deutschland nachhaltig weiter zu verbessern. Denn ohne Wirtschaftswachstum kann eine nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nicht gelingen

BDI und BDA stimmen mit den Instituten überein, dass der Kurs der expansiven **Geldpolitik** noch weitergeführt werden sollte. Die Refinanzierungskosten am Kapitalmarkt haben sich im Verlauf der vergangenen Monate deutlich erhöht. Die Renditeunterschiede zwischen Anleihen von Staaten mit unterschiedlicher Bonität sind immer noch beträchtlich. Mit zunehmender Schließung der Produktionslücke und weiter anziehenden Inflationserwartungen werden jedoch weitere Zinsschritte notwendig.

BDI und BDA teilen die Auffassung, dass die deutschen **Exporte** relativ preisunelastischer sind als etwa die der USA, Italien etc. Dies ist auf den hohen Spezialisierungsgrad sowie den hohen Anteil der FuE-intensiven Produkte zurückzuführen. Die deutschen Exporte sind daher relativ unempfindlich gegenüber **Wechselkursschwankungen**. Der hohe Importgehalt der deutschen Exporte ist mitverantwortlich für die hohe Wettbewerbsfähigkeit, die die gute Einbindung in die globale Arbeitsteilung ausdrückt. BDI und BDA stimmen mit den Instituten überein, dass die deutschen Exporte in



den nächsten Jahren weiter zunehmen werden, vor allem wegen der aufstrebenden BRIC-Länder, obwohl die relative preisliche **Wettbewerbsfähigkeit** tatsächlich sinken dürfte, wenn stärker von der Krise betroffene Länder die Löhne senken und die deutschen Löhne steigen. Die **Leistungsbilanzüberschüsse** werden durch eine Stärkung der Inlandsnachfrage höchstwahrscheinlich abnehmen. Mit Defiziten ist jedoch nicht zu rechnen, allein aufgrund des demografischen Wandels, der den Kapitalexport grundsätzlich sinnvoll macht.

\* \* \*